

Politische Vorstösse

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Landschaftsschutz in der Schweiz : Tätigkeit der SL = Protection du paysage en Suisse : activité de la FSPAP**

Band (Jahr): - **(1986)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

3. Politische Vorstösse

Skipistenplanierungen

In der Schweiz wurden in grossem Umfang Geländekorrekturen im Zusammenhang mit dem Skisport vorgenommen. Allein die Fläche, die oberhalb der Waldgrenze mit Baumaschinen aufgeschüttet oder abgeschürft wurden beträgt 2'500 Hektaren. In einer am 16. Juni 1986 eingereichten Einfachen Anfrage wollte Nationalrat Dr. W. Loretan wissen, wie der Bundesrat den "Erfolg" der Richtlinien des Eidg. Departementes des Innern von 1979 beurteilt, in welchen Kantonen diese 1979 erlassenen Richtlinien beachtet werden und schliesslich, was der Bundesrat zu unternehmen gedenke, damit den entsprechenden Forderungen des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz in den Kantonen endlich nachgekommen werde.

Die Antwort des Bundesrates ist ernüchternd. Danach konnten von 19 angefragten Kantonen nur 5 Angaben über das Ausmass der Terrainveränderungen machen, und es ist ebenfalls nicht bekannt, wieweit die Kantone für Skipistenplanierungen ein Bewilligungsverfahren nach Art. 24 Raumplanungsgesetz durchführen.

Der Bundesrat prüft nun die Uebernahme der erwähnten Richtlinien in eine sich auf das Natur- und Heimatschutzgesetz und das Raumplanungsgesetz abstützende Verordnung über

- ein Verbot grösserer Geländekorrekturen mit Ausnahme der Beseitigung von Gefahrenstellen
- Sanierung bestehender Planierungen
- die Regelung der Planung, Ausführung und Ueberwachung von Planierungen
- die Ordnung der Verfahren.

Dass dies nicht überflüssig ist, beweist ein neues Beispiel von der Melchsee Frutt, wo trotz Absprache mit den Naturschutz- und Forstorganen allein durch unsachgemässe Ausführung des Bauunternehmers irreparabler Schaden in einer hoch empfindlichen Karstlandschaft angerichtet wurde (Auffüllen der Dolinen, Abschürfen der Höcker und Erstellen eines breiten planierten Trasses).

Kein befristetes Moratorium gegen neue Wasserkraftwerke

Das Parlament hat die von Nationalrat Dr. W. Loretan am 15. Dezember 1983 eingereichte Motion zwar nur als Postulat überwiesen. Aber der Bundesrat beschloss Ende 1986, der berechtigten Sorge um den ausreichenden Schutz der Fliessgewässer wenigstens in der Form eines Bundesbeschlusses Rechnung zu tragen. Dieser soll bei neuen Konzessionen einen Vorbehalt bewirken, so dass die spätere Gesetzgebung über die Sicherung angemessener Restwassermengen (Art. 24 bis BV) nicht unterlaufen werden kann. Auch wenn damit einem Hauptanliegen, nämlich der ungeschmälernten Erhaltung schützenswerter

Gewässer im überwiegenden Interesse nicht entsprochen ist, dürfte sich der vom Bundesrat anvisierte - von den Bergkantonen allerdings heftig bekämpfte - Restwasservorbehalt wenigstens als politische Hemmschwelle für die allzu freizügige Konzessionierung weiterer Vorhaben auswirken.

400 Masten in der Landschaft für Autotelefone?

Auch dieses Beispiel zeigt, wie sehr wir dazu neigen, einer als gegeben betrachteten Nachfrage einfach nachzugeben und nicht zu fragen, welches die Auswirkungen auf die Landschaft sind. Eine echte Interessenabwägung zwischen Rechtsgütern findet nicht statt.

Im Fall der PTT ist die Problematik besonders heikel, weil sie selber die Nachfrage nach Telekommunikation mit ihrer Werbung kräftig anheizt.

In einer Einfachen Anfrage vom 9. Oktober 1986 wollte Nationalrat Dr. W. Loretan vom Bundesrat u.a. wissen, ob der Bundesrat bereit ist, vor dem Weiterausbau eines umfassenden Autotelefonnetzes eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.

Die Antwort des Bundesrates ist sehr unbefriedigend. Mit dem Argument, es seien nur Sendeeinrichtungen mit mehr als 500 kW Leistung einer UVP zu unterziehen, lehnt der Bundesrat eine UVP ab. Als ob dieses physikalische Kriterium für den Einfluss auf die Landschaft ausschlaggebend wäre! Vorgesehen sind immerhin 400 Basisstationen mit ca. 25 m hohen Masten! Die SL wird diese Probleme weiterhin kritisch im Auge behalten um zu gegebener Zeit eventuell mit Beschwerdeführungen ihren Standpunkt zu verfechten.